



Bürger
initiative
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendeln: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

VII – IX / 2021 • # 1081

Crux

In der *Fachkonferenz Teilgebiete* gibt einerseits den Wunsch nach mehr Zeit fürs offene Gespräch und andererseits die Enge des Verfahrens. Das gleicht der Quadratur des Kreises.

Kreuz

Im aktuellen *Kreuzweg der Schöpfung* von Gorleben nach Garzweiler wird deutlich, wie eng die Themen Atomkraft und Kohelverstromung miteinander verwoben sind.

Cross

Früher haben Aktivist/-innen aus Salzgitter im Wendland geholfen, den Castor zu blockieren. Nach dem Aus für Gorleben unterstützt die BI nun ihrerseits die AG Schacht KONRAD.



Foto Cover: PubliXViewing; Fotos S. 2 und 3: PubliXViewing

Meine Kröten sind schon vor vielen Jahren gewandert. Denn ich bin mal beim Geldabheben am Automaten sehr nachdrücklich darauf hingewiesen worden, dass meine damalige Bank sicher nicht der beste Ort ist, sein Geld anzulegen – gerade wenn man ein politisches Gewissen hat. Tief beeindruckt von dieser Art Zivilcourage habe ich die Bank gewechselt.
Bela B. | Musiker

Impressum

44. Jahrgang

Ausgabe 1081

Juli, August, September 2021

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.

Kontakt

Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet

service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben

Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion

Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Wilma Wallat (ww)

Produktion

Layout: Andreas Conradt
Korrektorat: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben

dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte

wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Martin Donat ist erster Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

„Das Kreuz mit Kohle und Atom“ betitelt Greenpeace Energy seine Aufklärung für den diesjährigen „Kreuzweg für die Schöpfung“ von Gorleben nach Lützerath in den Braunkohletagebau Garzweiler. Allein erneuerbare Energien sind eine sichere Bank für eine nachhaltige Zukunft. „Gorleben soll leben“ findet mit dieser Mahnung seine konsequente Fortsetzung in den Initiativen „Alle Dörfer bleiben“ und „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ gegen den brutalen Braunkohleabbau der Energiekonzerne. Und hier wie dort kämpfen Menschen eben nicht nur um den Fortbestand ihrer kleinen Welt, sondern um nichts weniger als den Fortbestand der Schöpfung selbst.

Ich gestehe: als ich das erste Mal das gelbe X in der Blockade von Kohlezügen sah, erschrak ich, denn noch hatten wir das Nuklearzeitalter und seine strahlenden Hinterlassenschaften nicht hinter uns gelassen.

Aber angesichts abschmelzender Polkappen, dramatischer Wetterkapriolen und tiefgreifender Veränderungen unserer gesamten Umwelt begriff ich, dass Kohle und Atom derselben Hybris entsprungen sind: der gnadenlosen industriellen Verwertung unserer Umwelt zugunsten kurzfristiger Energiegewinnung und schneller Profite. „Es geht doch nur um Strom!“ rief bei meinem Besuch in Japan ein kleines Mädchen angesichts der Zerstörung seiner Welt und seiner Zukunft in der Nu-

klearkatastrophe von Fukushima. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Klimagerechtigkeit vom März dieses Jahres ist klar: Der grundgesetzliche Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit schließt den Schutz vor Beeinträchtigungen durch Umweltbelastungen ein, gleich von wem und durch welche Umstände sie drohen. Dem Staat obliegt es aber darüber hinaus, auch die Freiheit künftiger Generationen zu schützen, indem er unverzüglich geeignete Vorkehrungen zur verlässlichen Reduzierung von Treibhausgasen und zum Übergang in die Klimaneutralität ergreift.

Wer nun aber annimmt, mit dem schnellen Umstieg auf Sonne, Wind und Biomasse alleine wäre es schon getan, sei hier gewarnt. So viele Windräder, dass wir alle grenzenlos mit dem Elektro-SUV durch die Landschaft brausen könnten, verträgt dieselbe womöglich gar nicht. Denn neben der Bedrohung durch die menschengemachte Klimaerwärmung haben wir es auch mit einem rasanten Artensterben zu tun, so dass die Wissenschaft bereits von Anzeichen eines anthropogenen Zeitalters des „sechsten Massensterbens“ auf unserem Planeten spricht. Konsequente Energieeinsparung und Steigerung der Effizienz sind jetzt gefragt. Es geht um einen sanften Umgang mit der Schöpfung und eine Abkehr von der Gewalttätigkeit, mit der wir die Ressourcen unseres Heimatplaneten verschleudern, als ob es kein Morgen gäbe.

Das wird nur möglich sein, wenn wir Innovationen zulassen, klug regional angepasste Konzepte verfolgen und uns vom Größenwahn der Industrialisierung von Landschaft abwenden. Denn noch haben wir Handlungsoptionen und noch sind große Teile einer lebendigen Welt vorhanden, die wir eines Tages schmerzlich vermissen könnten. Und bei allen derartigen Entscheidungen muss die Zivilgesellschaft sorgfältiger mitgenommen werden, denn Rechnungen ohne den Wirt können wir uns jetzt nicht mehr leisten. Nicht beim Klima und nicht beim Atommüll.

An unsere Gäste: Genießen Sie die Artenvielfalt einer überwältigend vielgestaltigen Landschaft und gehen Sie bitte achtsam damit um.



Nachsitzen!

Demokratie Die *Fachkonferenz Teilgebiete* hat den zweiten Beratungsmarathon hinter sich. Diese Konferenz ist das erste formelle Beteiligungsformat in der neuen Endlagersuche und gibt der interessierten Öffentlichkeit Gelegenheit, den Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zu hinterfragen und zu kommentieren. Bekanntlich war der Salzstock Gorleben-Rambow im Herbst letzten Jahres aus der weiteren Endlagersuche ausgeschieden. Ein Kommentar von Wolfgang Ehmke zur zweiten Beratungskonferenz vom 10. bis 12. Juni.

Geprägt war die – erneut rein digitale – Konferenz durch technische Schwierigkeiten. Sehr ärgerlich, denn der Ton macht bekanntlich die Musik: Wortbeiträge waren zum Teil kaum zu verstehen, häufig flog man raus und musste sich wieder einwählen, und ein ganzer Vormittag musste nachgeholt werden, weil es keine Zoom-Räume gab, gar nichts mehr lief. Spielabbruch!

► Angeschmiert!

Das Bundesamt für die Sicherheit kerntechnischer Entsorgung (BASE), das laut Gesetz die „Partizipation“ sicherstellen soll, hat – zusammen mit ihren Dienstleistern – die gesellschaftliche Verständigung über den Umgang mit dem Atommüll nicht gerade erleichtert. Ganz im Gegenteil: Wer am Vormittag des zweiten Beratungstages, an dem gar nichts mehr ging, nicht von Amts wegen vor dem Bildschirm hockte, wer sich Urlaub genommen, die Versorgung der Kinder geregelt hatte, um der Konferenz zu folgen, Fragen zu stellen oder Ideen einzubringen, der war angeschmiert. Ich hatte für die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) recht frühzeitig den Vorschlag unterbreitet, dass zu Beginn der zweiten Beratungskonferenz eine Lanze für die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Endlagersuche gebrochen werden sollte. Ins Rollen bringen wollte ich die bis dahin

auf der Konferenz überhaupt nicht geführte Debatte um das zu beklagende Leichtgewicht der Zivilgesellschaft. Mir ging es darum, die Sicht auf die unterschiedlichen Rollen der Akteure zu schärfen. Und darum, ein „Wir-Gefühl“ zu schaffen: Wer sind wir, warum ist es wichtig, die Rolle der Zivilgesellschaft im Suchverfahren zu stärken? Schließlich sind die anderen Player eine Bundesbehörde und eine bundeseigene Firma. Eingeladen wurde ich für die BI erst nach langem Hin und Her. Selbst in der Vorbereitungsgruppe scheint das Rollenverständnis nicht besonders ausgeprägt. Überfällig schien mir ein solches Statement. Gerade weil vielen in der *Fachkonferenz Teilgebiete*



Jetzt erst wird sich zeigen, ob die Zivilgesellschaft das Suchverfahren wirklich mitgestalten soll, oder ob es nur um Akzeptanzbeschaffung geht.

Wolfgang Ehmke

wegen ihrer Heterogenität – es sind interessierte Bürger/-innen, Vertreter/-innen aus Kommunen, Umweltverbände und Bürgerinitiativen sowie die Fachwelt, so sie sich denn angesprochen fühlte – und wegen des unterschiedlichen Vorwissens der Teilnehmenden und der divergierenden Interessen die „Vorgeschichte“ dieses Verfahrens gar nicht so gut bekannt sein kann. Deshalb besteht durchgängig die Neigung, zu früh und an der falschen Stelle

le sich beispielsweise an die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als Vorhabensträgerin zu wenden, statt eigenständig zu beraten, Beschlüsse zu fassen und dafür zu sorgen, dass die Kritik am BGE-Zwischenbericht auch im Rahmen der Fachkonferenz dokumentiert wird, damit die BGE diese „berücksichtigen“ muss. So steht es im Gesetz.

► Kooperation ist problematisch

Noch schwieriger ist es, mit einer Behörde wie dem BASE, das hierarchisch strukturiert und weisungsgebunden arbeitet und gleichzeitig Partizipation, Aufsicht und später dann noch Entscheidung vereinen soll, vorbehaltlos zu kooperieren. Den Blick dafür schärfen heißt hier, trotz der schwachen Rechtsposition der Zivilgesellschaft diese zumindest einmal klar zu formulieren, sich zu behaupten und die Fähigkeiten auszubauen, sich als wichtiger Player im Verfahren zu begreifen, dabei die notwendige Distanz zu anderen Playern zu wahren und die Selbstorganisation zu entwickeln.

Andererseits: Warum sollten wir als BI uns da verkämpfen? Ich habe mich natürlich in der BI und darüber hinaus umgehört, und (nicht) alle fanden, eine solche Stellungnahme zur fehlenden Augenhöhe im Verfahren sei überfällig und müsse auch dokumentiert werden. Es gab auch warnen-

de Stimmen: Wir würden helfen, der Fachkonferenz einen positiven Anstrich zu verleihen und zu übertünchen, wie wenig Gewicht das Votum der Konferenz im Suchverfahren hat.

Wir haben bisher mitgearbeitet, weil wir als BI Lüchow-Dannenberg am Suchverfahren teilnehmen wollen, trotz aller Kritik an diesem Beteiligungsformat, trotz der fehlenden Augenhöhe im Verfahren, trotz der ganzen Vorbehalte. Dabei war der Grundsatz wichtig, auf Sicht zu fahren, die eigene Beteiligung ständig zu hinterfragen – obwohl und weil Gorleben aussortiert wurde (mal abgesehen davon, dass vier Tongebiete das Wendland berühren und in Gorleben Atommüll lagert). Gerade weil wir keine Umweltorganisation mit bezahlten Funktionär/-innen sind, weil wir ehrenamtlich arbeiten, weil wir Geschichte (mit-)geschrieben haben, wollten wir unsere Erfahrung und Expertise zumindest teilen.

Wir wollten durch unsere Teilnahme auch herausfinden, ob der Anspruch, der im Standortauswahlgesetz (StandAG) formuliert ist, dass die Zivilgesellschaft das Suchverfahren mitgestalten soll, umgesetzt wird. Oder ob es nur um Akzeptanzbeschaffung geht. Das wird sich jetzt zeigen.

Denn schon zu Beginn der Fachkonferenz war klar, dass die BGE mit ihrem Zwischenbericht, in dem 90 Teilgebiete ausgewiesen werden, die für die Endlagerung in Deutschland in Frage kämen, alle Erwartungen enttäuscht hatte. Nun, wenn die Konferenz und damit eine formelle Beteiligung vorbei wäre, würde erst die spannende, entscheidende Arbeit beginnen, nämlich von 54 Prozent der Landesfläche herunterzubrechen auf nur wenige Regionen, die obertätig zu erkunden wären. Für diesen Schritt ist laut Gesetz keine formelle Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen, allerdings ermöglicht das StandAG dem BASE eine Fortentwicklung des Beteiligungsumfangs und der Formate.

► BASE ist am Zug

Der Antrag*, an dem die BI mitgearbeitet hat, erfuhr eine riesengroße Zustimmung. Der Ball liegt nun also im Feld des BASE. Ein Antrag des BUND, der ebenfalls mit großer Mehrheit verabschie-

det wurde, fordert die Behörde zudem auf, rechtzeitig vor dem letzten Beratungstermin, der für den 7. und 8. August anberaumt ist, eine Antwort zu erteilen.

Für uns ist das eine Reißlinie. Wenn es als Folgeformat nur auf einen bunten Strauß an Konsultationen und Workshops hinausläuft, ohne dass die BGE verpflichtet wird, Beratungsergebnisse bindend zu berücksichtigen, wenn es keine Rechtssicherheit für die zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen gibt, wenn es bei einem Top-down bleiben sollte, wird eine Chance verpasst. Hier wird sich zeigen, ob es wirklich eine lernende Behörde gibt, ein lernendes Suchverfahren, oder ob die Mitsprache reine Floskel ist. Eben nur ein Mittel zum Zweck, eben bloße Akzeptanzbeschaffung.

Quellen

Fachkonferenz Teilgebiete (Anträge)
Pressemitteilung Nationales Begleitgremium
eigene Recherchen



Auszug aus dem Antrag:

Auf der Basis vielfältiger Stellungnahmen aus Zivilgesellschaft, Gebietskörperschaften, Verbänden und Fachbehörden berät die Fachkonferenz eine Vielzahl von Fragen und Kritikpunkten zum Zwischenbericht Teilgebiete des Vorhabenträgers BGE mbH. Der vorliegende Zwischenbericht Teilgebiete hat das Verfahren weniger vorangebracht als erwartet und lässt dabei so viele Fragen offen, dass deren weitere Klärung durch die BGE in einem transparenten Prozess erforderlich ist. Zwischen der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete mit der Fachkonferenz Teilgebiete und den späteren Regionalkonferenzen ist es notwendig, die weiteren Eingrenzungsschritte durch die BGE transparent zu machen und zur Diskussion zu stellen und die Ergebnisse formell in das Verfahren einzubeziehen. BMU und BASE sind aufgefordert, das Fachforum Teilgebiet als Nachfolgeformat der Fachkonferenz Teilgebiete umgehend vorzubereiten und einzurichten. Die Konferenz soll Schritt 2 der Phase 1 die Arbeit der BGE kritisch reflektieren und die Kontinuität der fachlichen Auseinandersetzung bis zu den Regionalkonferenzen sicherstellen.

► Das Nationale Begleitgremium (NBG) kritisiert erneut die Fachkonferenz Teilgebiete

Die Fachkonferenz kann ihre gesetzlichen Aufgaben, also die Erörterung des Zwischenberichts, nicht vollständig erfüllen, denn die wissenschaftliche Arbeit der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zur Auswahl der zu erkundenden Standortregionen hat gerade erst begonnen. Eine fundierte Bewertung von Zwischenergebnissen wird erst dann möglich sein, wenn mehr Daten ausgewertet sind und die betroffenen Gebiete kleiner werden.

Das Standortauswahlverfahren wurde entworfen in der Annahme, dass im Zwischenbericht nur wenige Teilgebiete ausgewiesen werden. Die BGE hat in ihrem Bericht nach der Anwendung der Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien aber 90 sogenannte Teilgebiete in Deutschland ausgewiesen. Diese umfassen 54 Prozent der Fläche Deutschlands. Dazu passt das Format der Fachkonferenz nicht. Das erzeugte zahlreiche Folgeprobleme auf der Fachkonferenz, die von den Teilnehmenden der Feedback-Veranstaltung des NBG am 14. Juni angesprochen und bestätigt wurden. Nur wenige Menschen sahen einen Grund, sich in die komplexe Materie einzuarbeiten, die zu diskutierenden Themen blieben daher noch unscharf. Hinzu kamen zahlreiche technische Probleme des Online-Formats, auf die sich die Veranstalter auch organisatorisch wenig vorbereitet hatten.

„Das NBG hat immer wieder unterstrichen, dass auch in Zeiten der Pandemie bei einem Online-Format der Fachkonferenz Teilgebiete eine qualitativ hochwertige Beteiligungsmöglichkeit anzubieten ist“, so die Ko-Vorsitzende des NBG, Miranda Schreurs. „Da besteht noch Verbesserungsbedarf und hier steht das BASE weiterhin in der Pflicht.“

Positiv hervorzuheben ist, dass die Teilnehmenden aus Kommunen, Wissenschaft, Bürgerschaft und Zivilgesellschaft bereits vor dem Beratungstermin fundierte Anträge ausgearbeitet hatten, die auf der Fachkonferenz mit großer Zustimmung verabschiedet wurden.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wurde darin aufgefordert, ihre nächsten Auswahlsschritte transparent zu machen, das BASE wurde aufgefordert, diese Auswahlsschritte in einem geeigneten Fachforum der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen. Dies deckt sich mit den Zielen, die auch das NBG seit seiner Gründung immer wieder hervorhebt. Das NBG appelliert daher an die Verantwortlichen, die Beschlüsse der Fachkonferenz zu berücksichtigen. Armin Grunwald, Ko-Vorsitzender des NBG, betont: „Der zweite Beratungstermin hat aufgezeigt: Die Fachkonferenz und der Zwischenbericht Teilgebiete passen nicht zueinander. Das Bundesumweltministerium und das BASE können das Verfahren nur absichern, wenn sie jetzt auf die Interessierten zugehen und gemeinsam einen guten Beteiligungsplan für die nächsten Jahre entwickeln.“



„... nur wenige Initiativen mit so viel Wissen!“

BI-Büroleiter Torben Klages im Gespräch

Partizipation Eine Teilnahme an den Beteiligungsformaten bei der neuen Endlagersuche war in der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg lange Zeit umstritten. Trotz aller Kritik am Standortauswahlgesetz hat sich die BI schließlich zur Teilnahme an der *Fachkonferenz Teilgebiete* entschlossen. Torben Klages war bei vielen der Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz dabei. Im Gespräch mit Andreas Conradt berichtet er von seinen Eindrücken.

▷ *Wie wichtig ist heute noch die Arbeit der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) in Bezug auf die Endlagersuche?*

Im Vergleich zu sehr vielen Playern im neuen Standortauswahlverfahren und insbesondere der *Fachkonferenz Teilgebiete* hat die BI schon fast ein Alleinstellungsmerkmal der jahrzehntelangen Expertise – im Thema, aber auch im Umgang mit Behörden und Wissenschaftler/-innen. Da gibt es einen Erfahrungsschatz, den andere Initiativen, Bürgerinnen und Bürger und auch Kommunen und Landkreise einfach gar nicht haben. Wenn wir innerhalb der Fachkonferenz mal diejenigen außer Acht lassen, die sich beruflich mit der Standortsuche befassen, dann bleiben aus der Zivilgesellschaft als Vertreterinnen mit großer Bedeutung nur der BUND und die BI übrig.

▷ *Welche Wertschätzung wird der BI durch Teilnehmer/-innen der Fachkonferenz entgegengebracht?*

Zuspruch kommt natürlich von Initiativen aus erst kürzlich benannten Teilgebieten – weil unsere BI denen Vorbild ist und weil

sie sich von uns strukturelle Hilfe erhoffen. Neu ist für mich, dass der BI plötzlich Wertschätzung für die jahrzehntelange Arbeit sogar von Kommunen entgegengebracht wird. Natürlich kann ich nicht verifizieren, ob da einzelne Mitarbeiter/-innen einen persönlichen Bezug zur Anti-Atom-Bewegung haben oder ob sich eine ganze Orts-Verwaltung an die Hoffnung klammert, ein Endlager im eigenen Landkreis durch beharrliche Arbeit à la BI gegen eine übermächtig erscheinende Behörde verhindern zu können.

▷ *Gibt es dafür konkrete Beispiele?*

Ich habe neulich mit einer Kommunalangestellten aus Schleswig-Holstein gesprochen, die vor 30 Jahren wohl selbst Teil der Anti-Atom-Bewegung und jetzt hörbar erleichtert war, einen Anknüpfungspunkt zu haben. Dabei geht es gar nicht so sehr um dauerhafte, enge Kontakte, sondern vielmehr darum, sich mit der BI und ihrer langjährigen Arbeit zu identifizieren. Zweites Beispiel ist der Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, der der BI für ihre jahrzehntelange Arbeit förmlich gedankt und ihr ho-

hen Respekt ausgesprochen hat.

▷ *Schöne Worte sind das eine, aber kann die BI dem Bürgermeister auch konkret helfen?*

Aktuell und konkret nicht so sehr, aber es partizipieren natürlich alle jetzt benannten Teilgebiete – immerhin rund die Hälfte der Bundesrepublik – von den Auseinandersetzungen der Vergangenheit auf der Straße, in den Gremien und Gerichtssälen, mit denen eine Begleitung des Standortauswahlverfahrens überhaupt erst erkämpft wurde. Denn immerhin hat der Staat verstanden, dass das einfache Bestimmen eines Standorts nicht akzeptiert wird und die Bürgerinnen und Bürger an der Suche beteiligt werden wollen. Deswegen kann man trotzdem leidenschaftlich diskutieren, ob das aktuelle Gesetz dem Anspruch gerecht wird, den wir uns vorgestellt haben.

▷ *Das alles fokussiert auf Arbeit, die die BI in der Vergangenheit geleistet hat. Welche Aufgaben hat die BI heute und morgen?*

Der BI ging es schon in der Gorleben-Auseinandersetzung und erst

recht jetzt im Suchverfahren um die Stärkung der Zivilgesellschaft. Aber ein Problem bei der schieren Unübersichtlichkeit eines Endlagersuchverfahrens ist das Unvermögen neu betroffener Bürger/-innen und Kommunalvertreter/-innen, die Abläufe richtig einordnen zu können. Da helfen von der BI gestaltete Zoom-Veranstaltungen im Rahmen der Fachkonferenzen, aber auch Vorträge und die aktive Beteiligung durch Redebeiträge. Die BI ist in der Lage, Schwachpunkte im Gesetz und im Beteiligungsformat zu erkennen und zu benennen. Nicht zuletzt ist auf ihre Initiative ein Antrag zurückzuführen, mit dem das BASE aufgefordert wurde, fortlaufende Beteiligung auch in der Zeit zwischen der 3. Fachkonferenz Teilgebiete im August und der Zeit von Rat der Regionen und Regionalkonferenzen in einigen Jahren zu ermöglichen und zu organisieren.

▷ *Gibt es direkte Kontakte von Vorstandsmitgliedern der BI oder dem BI-Büro zu Betroffenen in anderen Regionen?*

Zunächst mal gibt es ein deutliches Gefälle zwischen Menschen, die sich beruflich oder in langjährigem Engagement mit der Atom-mülllagerung beschäftigen und denen, die erst neu dabei sind. Auf Ebene der Fachleute kommen Menschen natürlich regelmäßig zusammen und tauschen sich aus. Ein häufig genutzter Ort dafür war immer die evangelische Akademie in Loccum, seit Start des neuen Suchverfahrens geschieht das zu einer Vielzahl von Gelegenheiten wie zum Beispiel den Zusammenkünften des Nationalen Begleitgremiums. Da treffen sich dann Leute von der BGE, vom BASE und von der BI, aber auch Bürger/-innen und die Wissenschaft. Aber natürlich gibt es nach der Veröffentlichung des *Zwischenberichts Teilgebiete* auch ganz viele Betroffene, die erst sehr kurz in der Thematik unterwegs sind. Die nutzen den niedrigschwelligen Weg ins BI-Büro, denn noch nicht bis ins Letzte informierte Bürger/-innen haben oft Hemmungen, Kontakt zu Behörden aufzunehmen.

▷ *Ist es richtig und hilfreich, dass sich die BI im Standortauswahl-*

verfahren engagiert – trotz massiver Kritik, die sie über Jahre geäußert hat?

Richtig und wichtig ist es, Impulse zu geben und das Verfahren kritisch zu begleiten. Dazu muss es ja Gespräche mit Betroffenen und Behörden geben, um Positionen, Meinungen und Einschätzungen in Erfahrung zu bringen. Aber klar: Das Standortauswahlgesetz hat nach wie vor gravierende Schwächen im Bereich der Partizipation. Dort fordern wir immer noch starke Nachbesserungen!

▷ *Die Einschätzung ist ja offenbar für ein Engagement im Verfahren ausgegangen. 51 Prozent hilfreich, 49 Prozent schädlich?*

Mir geht es gar nicht mehr um „Mitmachen“ oder „Fernbleiben“. Ich nehme inzwischen eher wahr, dass Beteiligte aus verschiedensten Bereichen zu dieser Thematik gerne miteinander im Gespräch wären und durchaus den Diskurs suchen möchten. Es gibt einerseits den Wunsch nach mehr Zeit fürs offene Gespräch und andererseits die Enge und den Zeitdruck des Verfahrens. Diese Quadratur des Kreises ist die Crux.

▷ *Welche Aufgaben kommen in den nächsten Jahren auf die BI zu?*

Mir ist im Laufe der Fachkonferenz sehr deutlich geworden: Die Stärke der BI ist, dass sie über Jahrzehnte eine enorme Expertise aufgebaut hat, die es braucht, um als Zivilgesellschaft ein solches Verfahren überhaupt kritisch begleiten zu können. Es gibt nur wenige Initiativen mit ähnlichem Wissen. Nun wird es ihre Aufgabe sein, dieses Wissen zu teilen: in der GORleben Rundschau, auf der Website, persönlich im Büro oder bei Vorträgen und Veranstaltungen. Ich glaube auch nicht, dass das Interesse abebben wird. Es wird sich sogar intensivieren, wenn die heutigen Teilgebiete von 50 Prozent der Fläche Deutschlands auf dann vielleicht zehn eng gefasste Regionen verkleinert werden. Dann wird der Druck auf die Standorte höher und die Unverbindlichkeit geht. Spätestens dann wird die Nachfrage nach Beratung durch die BI weiter steigen. Und im Übrigen: Noch ist ja gar nicht klar, ob das Standortauswahlverfahren überhaupt gelingt.

Endlagersuche

Seit Herbst 2017 läuft das neue **Suchverfahren für ein Lager für insbesondere hochradioaktive Abfälle**. Die letzten deutschen Atomkraftwerke werden Ende 2022 vom Netz gehen. Bis dahin werden 30 000 Kubikmeter strahlender Abfall angefallen sein, für die ein Lager benötigt wird. Das Auswahlverfahren wurde von der Atommüll-Kommission (2014-2016) vorbereitet und durch das 2017 überarbeitete Standortauswahlgesetz vom Bundestag verabschiedet. Dabei wird schrittweise eine Eingrenzung von Regionen vorgenommen, die für ein Atommüll-Lager in Frage kommen. Welche Schritte genau festgelegt wurden und an welchem Punkt das Verfahren aktuell steht, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung dazu aussieht und welche Punkte kritisch zu bewerten sind, wird auf einer Website des BUND dargestellt: www.atommuell-lager-suche.de

Gesetze | Verordnungen

Standortauswahlgesetz (StandAG) – Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle. Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe: Dabei stehen > Gebiete > Regionen > Orte für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren.

Teilgebiete – für den ersten Schritt, für die Endlagerung ungeeignete und geeignete Gebiete zu identifizieren (§13 StandAG)

Standortregionen – für den zweiten Schritt, in den Teilgebieten einzelne kleinere Räume übertägig zu erkunden (§15)

Standorte – die untertägig erkundet werden sollen (§16)

Behörden | Institutionen

BASE – Im Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung werden alle behördlichen Aufgaben gebündelt, die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu tun haben.

BGE – Die Bundesgesellschaft für Endlagerung ist designierter Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist das ►BASE.

NBG – Das Nationale Begleitgremium ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das die Endlagersuche vermittelnd begleiten soll.



Game over!

Gorleben lebt! Salzgitter soll's auch!

Aktion Am 2. Juni startete eine bundesweite Unterschriftenkampagne, die den Niedersächsischen Umweltminister auffordert, die Genehmigung für Schacht KONRAD aufzuheben. Damit soll der Antrag politisch unterstützt werden, den BUND und NABU gemeinsam mit dem Bündnis Salzgitter gegen KONRAD dem Minister Ende Mai übergeben haben. Wolfgang Ehmke verweist auf die Gemeinsamkeiten mit dem bisherigen Standort Gorleben.

Oktober 1982. Der Empfang war freundlich, wie immer, wenn sich Besucher/-innen auf dem Grubengelände des ehemaligen Erzbergwerks Schacht KONRAD in Salzgitter angesagt hatten. Schachtleiter Heinrich Alpert hielt die Begrüßungsansprache, der Betriebsratsvorsitzende Manfred Meeßen bat „die Damen und Herren“, sich „pro forma“ in eine Namensliste einzutragen – damit „uns keiner verlorengeht“.

Nach einer kurzen Einführung über Gesteinsschichten „der einzigartigen geologischen Konfiguration“ und einem Hinweis auf das später zu erwartende kalte Buffet ging es mit „Glück auf“ im vergitterten Drahtkorb bergab.

Was Steiger, Obersteiger und Gruppenleiter nicht wissen konnten: Die sechzehn Besucher/-innen der Bürgerinitiative Umweltschutz aus dem Wendland wollten sich nicht nur ein Bild von der Grube machen. In 1200 Meter Tie-

fe erklärten sie, die Grube sei ab sofort besetzt, „um die Öffentlichkeit aufzurütteln, weil die atomare Zeitbombe schon tickt.“ Da war es mit der Freundlichkeit vorbei.

► Entsorgungsnachweis

Der Grund für dieses trojanische Pferd, die solidarische Aktion, lag auf der Hand. Für den ambitionierten Bau von Atomkraftwerken und den Reaktorbetrieb musste in den Siebziger- und Achtzigerjahren ein „Entsorgungsnachweis“ her: In Gorleben sollte eine unterirdische Deponie für hochradioaktive Abfälle aus dem Reaktorbetrieb errichtet werden, komplementiert durch den Schacht KONRAD. Dort sollten die voluminösen schwach- und mittelaktiven Abfälle deponiert werden.

Die Idee dazu hatte ausgerechnet der Betriebsrat, als 1976 klar wurde, dass der Erzabbau sich nicht mehr rentierte: So könn-

ten Arbeitsplätze erhalten werden. Zeitgleich wurde gemunkelt, dass Gorleben der Ort werden könnte, an dem das Nukleare Entsorgungszentrum errichtet würde. Versprochen wurden dort fünftausend Arbeitsplätze in einer Wiederaufarbeitungsanlage, einer Brennelementefabrik – und eben in einem Endlager für die hochradioaktiven Abfälle aus der Atomstromproduktion.

1977 war es dann soweit: Der damalige Ministerpräsident Ernst Albrecht zeigte mit dem Mittelfinger auf Gorleben – und mit dem Pendant Schacht KONRAD bei Salzgitter avancierte Niedersachsen zum „Atomklo der Nation“. Hier wie da wurde einfach ein Standort festgelegt. Hier wie da wurden geologische Zweifel an der Eignung als Atommülldeponie vom Tisch gewischt. Hier wie da wurden die Menschen aber nicht müde, sich gegen die Nutzung der Atomkraft und die

zweifelhaften Projekte zur Wehr zu setzen. Landvolk, Gewerkschaften, Kommunen in Salzgitter – Bäuerliche Notgemeinschaft und die Bürgerinitiativen im Wendland.

► Gorleben: 2020 kam das Aus

Erst 40 Jahre später, im Herbst 2020, wurde der eine Fehler der Atompolitik der Siebzigerjahre getilgt: In einem vergleichenden Suchverfahren wurde der Salzstock Gorleben-Rambow schon im ersten Schritt wissenschaftsbasiert als ungeeignet für die Atommülllagerung aussortiert. Doch am Schacht KONRAD wird bis heute festgehalten, obwohl heute niemand ernsthaft auf die Idee kommen würde, für die unterirdische Lagerung von Atommüll ein ausgedientes Bergwerk nutzen zu wollen.

Das Desaster einer solchen Strategie lässt sich in der Nachbarschaft des Schacht KONRAD gleich doppelt besichtigen: in der Asse II und in Morsleben. Beide Atommülldeponien wurden – zum Teil illegal – in stillgelegten Salzbergwerken betrieben und beide Bergwerke sind inzwischen havariert. Eine solche Politik kommt teuer zu stehen. Die Kosten für die Sanierung werden auf mehrere Milliarden Euro geschätzt.

Es ist auch deshalb sinnlos, sich an den Schacht KONRAD zu klammern, weil laut Genehmigung dort nur rund die Hälfte der schwach- und mittelaktiven Abfälle Platz fänden, die in Deutschland anfallen. Im Rahmen des aktuellen Endlagersuchverfahrens wird längst eingeräumt, dass es eine dritte unterirdische Deponie

geben muss, weil die Abfälle aus der havarierten Asse II und aus der Urananreicherung in Gronau nicht im Schacht KONRAD eingelagert werden dürfen. Im Schacht KONRAD dürften maximal 300 000 Kubikmeter Nuklearmüll eingelagert werden, bleiben weitere 300 000 Kubikmeter aus der Asse II und aus Gronau, die dort gar nicht reinpassen würden und von ihrer stofflichen Zusammensetzung auch gar nicht reindürften! Da liegt es auf der Hand, dieses Kuddelmuddel zu beenden und jetzt einen wirklichen Schlussstrich unter die Atompolitik der Siebzigerjahre zu ziehen. Benötigt wird ein vergleichendes Suchverfahren für alle Arten von Atommüll. Der lange Atem der Widerständler/-innen hier wie dort macht es möglich, die überfällige Kurskorrektur in der Atompolitik zu vollziehen.

Am 27. Mai haben deshalb der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) einen Antrag auf Rücknahme beziehungsweise Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses Schacht KONRAD beim Niedersächsischen Umweltministerium eingereicht. Getragen wird dieser juristische Schritt vom Bündnis Salzgitter gegen KONRAD, in dem die Stadt Salzgitter, die IG Metall Salzgitter-Peine, das Landvolk Braunschweiger Land und die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD seit Jahren erfolgreich zusammenarbeiten.

Quellen
AG Schacht Konrad
Der Spiegel 43/1982
eigene Recherchen

► Aus für KONRAD gefordert Unterschriftenkampagne gestartet



Anfang Juni ist eine bundesweite Unterschriftenkampagne gestartet worden, die den Niedersächsischen Umweltminister auffordert, die Genehmigung für Schacht KONRAD aufzuheben. Damit soll der Antrag politisch unterstützt werden, den BUND und NABU gemeinsam mit dem Bündnis Salzgitter gegen KONRAD dem Minister Ende Mai übergeben haben.

Ludwig Wasmus, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD: „Das alte Eisenerzbergwerk ist für die dauerhafte sichere Lagerung radioaktiver Abfälle gänzlich ungeeignet. Mit jedem Stein, den die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) in Schacht KONRAD verbaut, verliert sie ein Stück Glaubwürdigkeit. Der Niedersächsische Umweltminister hat jetzt die Chance, endlich das Richtige zu tun und das Projekt zu beenden. Mit der Unterschriftenkampagne wollen wir ihn bestärken, diesen Schritt zu gehen.“

Wolfgang Ehmke, Pressesprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg sagte dazu: „Nach dem Aus für Gorleben darf auch nicht länger am Schacht KONRAD festgehalten werden. Beide Projekte der Siebzigerjahre sind Ausdruck von willkürlicher politischer Festlegung und halten einer fairen wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Mit dem Ende des Endlagerprojekts Gorleben wurde ein Anfang gemacht, wir engagieren uns dafür, dass es nun eine vergleichende, wissenschaftsbasierte Endlagersuche für alle Arten von Atommüll gibt und ein Schlussstrich unter die alte Atompolitik gezogen wird.“

Jochen Stay, Sprecher der bundesweiten Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, ergänzt: „Schacht KONRAD ist nicht nur ein Problem für die Region Salzgitter. Der Atommüll, der dort nach den Plänen der BGE ab 2027 verklappt werden soll, stammt aus Atomkraftwerken, Forschungsreaktoren und Nuklearfabriken aus dem ganzen Bundesgebiet. Deshalb geht Schacht KONRAD alle an. .ausgestrahlt sammelt bundesweit Unterschriften, um die von diesem ungeeigneten und damit riskanten Atommüll-Lager bedrohten Menschen rund um Salzgitter solidarisch zu unterstützen.“

Unterschrieben werden kann noch bis zum 31. August. Getragen wird die Aktion von einem breiten Bündnis aus Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD, BI Lüchow-Dannenberg, .ausgestrahlt, IG Metall Salzgitter-Peine, Landvolk Braunschweiger Land, Stadt Salzgitter, BISS Braunschweig, BUND und NABU. Am 4. September sollen die Unterschriften von möglichst vielen Menschen im Rahmen einer bunten Aktion in Hannover übergeben werden. Hier kann online unterschrieben werden: www.ag-schacht-konrad.de/gameover/unterschreiben/

Kampagne Game Over der AG Schacht KONRAD

21. Juli, 18.30 Uhr, Zoom-Veranstaltung: „Aus Gorleben lernen heißt auf den Schacht KONRAD verzichten!“ Wolfgang Ehmke, Ursula Schönberger, Einwahldaten: siehe Websites der Initiativen

13. August, 16.00 bis 18.00 Uhr, Salzgitter: „Mobile Atomaufsicht“ vor dem Schacht KONRAD, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Vor dem Tor zum Schacht 1, Bleckenstedter Straße 50

21. August, 16.00 Uhr, Gorleben: „Bundesweiter Aktionstag“
Treffpunkt Zwischenlager Gorleben

4. September, Hannover: Demonstration, Übergabe der Unterschriftenlisten „gameover“. Der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies soll die bereits erteilte Genehmigung für KONRAD widerrufen!



Allumfassend denken

Schwach- und mittelaktive Abfälle sollten im Rahmen der *Fachkonferenz Teilgebiete* berücksichtigt werden

Atommüll Im Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) vom September letzten Jahres fehlt jeder Hinweis auf den gesetzlichen Auftrag, unter anderem auch auszuloten, ob beziehungsweise dass schwach- und mittelaktive Abfälle am gleichen Standort wie hochradioaktive Abfälle eingelagert werden können oder sollen. Eine Kritik von Wolfgang Ehmke

Die Suche nach einer unterirdischen Atommülldeponie wurde 2013 neu gestartet. Allerdings gibt es einen Kardinalfehler: Die Politik beschränkt den Neustart – neu, weil jetzt wirklich ohne das bisherige Faustpfand Gorleben – vordergründig auf den Umgang mit hochradioaktivem Müll. Das Standortauswahlgesetz (StandAG) hingegen jongliert mit der Möglichkeit, am Ende zwei Endlagerbergwerke an einem Standort aufzufahren – eins für die hochradioaktiven Abfälle (HAW, high active waste) und ein weiteres für solchen schwach- und mittelaktiven Müll (LAW, low active waste und MAW, middle active waste), der nicht im Schacht KONRAD eingelagert werden kann.

Dabei geht es in erster Linie um den Atommüll, der aus der Schachanlage Asse II zurückgeholt werden soll. Dazu besteht eine gesetzliche Verpflichtung, und ein klammheimliches Zuwarten für den Fall, dass das Bergwerk Asse II unterdessen absäuft und sich die Lagerung der dort zu bergenden Abfälle „erledigt“, ist unverantwortlich und daher natürlich keine Option. Das Volumen, das zusätzlich endgelagert werden muss, wird derzeit auf 175 000

bis 220 000 Kubikmeter taxiert. Geschätzt wird darüber hinaus, dass weitere 100 000 Kubikmeter Abfälle bei der Urananreicherung in Gronau anfallen. Dabei handelt es sich um abgereichertes Uran, das nicht mehr verwertet werden kann und als radioaktiver Abfall deklariert wird. Auch diese Abfälle können nicht im Schacht KONRAD eingelagert werden.

Hinzu kommt die Kurzsichtigkeit, nicht in Betracht zu ziehen, dass am Ende der Schacht KONRAD, ein ausgedientes Erzbergwerk, ebenfalls nicht mehr als Deponie für die genehmigten rund 300 000 Kubikmeter schwach- und mittelaktiven Abfälle in Frage kommt. Umweltverbände haben im Mai dieses Jahres beim niedersächsischen Umweltministerium einen Antrag auf Rücknahme beziehungsweise Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses eingereicht. Absehbar ist eine langwierige juristische und fachliche Auseinandersetzung um den Schacht KONRAD – mit ungewissem Ausgang.

Doch auch ohne die KONRAD-Auseinandersetzung darf der Fokus der Sicherheitsdebatte nicht allein auf die hochradioaktiven Abfälle gerichtet sein. Der um-

sichtige und vorausschauende Umgang mit dieser Lage wäre, dass die Akteure des Endlagersuchverfahrens diese unterschiedlichen Optionen, die Folgen für die Endlagersuche haben werden, schon jetzt berücksichtigen.

► Die rechtliche Basis

Im StandAG heißt es, die „Endlagerung *schwach-* und *mittelradioaktiver* Abfälle am auszuwählenden Standort ist zulässig, wenn die gleiche bestmögliche Sicherheit des Standortes wie bei der alleinigen Endlagerung *hochradioaktiver* Abfälle gewährleistet ist.“ Die Begründung für diesen bei der Ausgestaltung des Gesetzes nachträglich eingefügten Passus' lautete damals: „Die Ergänzung (...) soll die Bedeutung der Partizipation für die Suche nach einem Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit hervorheben. [Sie] dient der Präzisierung, welche radioaktiven Abfälle an dem im Standortauswahlverfahren nach den gesetzlichen Entscheidungsgrundlagen zu ermittelnden Standort eingelagert werden sollen. Es wird klargestellt, dass die Einlagerung des Teils der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle, die entsprechend dem Nationalen Entsorgungsprogramm wenn möglich am gleichen Standort erfolgen soll, nur dann zulässig ist, wenn dabei die gleiche bestmögliche Sicherheit des Standortes wie bei der alleinigen Lagerung hochradioaktiver Abfälle gewährleistet ist.“

In einer rechtlichen Expertise muss nun geklärt werden, welche Bindungswirkung diese schwammigen Formulierungen für die Endlagersuche haben. Dazu braucht es einen Beschluss der *Fachkonferenz Teilgebiete*. Trotz aller Sachbeiträge von verschiedenen Akteur/-innen hat die Vorbereitungsgruppe der Fachkonferenz diesem Thema bisher nicht den notwendigen Raum gegeben. Das muss nun auf der dritten Beratungskonferenz nachgeholt werden.

Alle Antworten, die bisher seitens der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) auf die Frage nach dem „Doppellager“ gegeben wurden, gehen nicht über die klärungsbedürftigen Ausführungen des StandAG hinaus. Schon die „Sicherheitsanforderungen“ lassen erkennen, dass die Frage,

wohin mit dem restlichen Atommüll, nicht en passant geklärt werden kann. Sie muss vielmehr genau jetzt aufgeworfen werden, denn was passiert, wenn sich bei der Suche nach dem HAW-Endlager herausstellt, dass das LAW-MAW-Endlager nicht an gleichem Ort gebaut werden kann? Dann nämlich könnte die Suche nach einem Endlager für schwach- und mittelaktiven Atommüll erst nach Abschluss der Suche für ein Lager für hochradioaktiven Müll losgehen, wieder mit dem großen Aufwand eines vergleichenden Suchverfahrens. Wohl eher ist es geboten, die fachliche Expertise zu bündeln und ein Suchverfahren für alle Arten radioaktiver Abfälle durchzuführen.

Dazu muss allerdings zunächst geklärt werden, welche Sicherheitsanforderungen im Umgang mit schwach- und mittelaktiven Abfällen gelten. Das könnten – wie beim Schacht KONRAD – die „Sicherheitskriterien der Reaktor-Sicherheitskommission“ aus dem Jahr 1983 sein. Oder aber es gelten fortan die aktuellen „Sicherheitsanforderungen“ laut StandAG. Keinesfalls aber darf trotz des mahnenden Beispiels der havarierten Asse II auf eine Rückholbarkeit dieser Abfallarten verzichtet werden.

Auch geklärt werden muss, welche Auswirkungen hinsichtlich des Flächenbedarfs die Suche nach einem tiefeingeologischen Endlager mit der Option, dort auch schwach- und mittelaktive Abfälle in einem abgetrennten Bergwerk unterzubringen, hat. Schließlich müssten auch die Grenzwerte für die Langzeitsicherheit angeglichen werden: Der aktuelle Wert wird beim Schacht KONRAD um mehr als den Faktor 10 überschritten. In der neuen Verordnung über die Sicherheitstechnischen Anforderungen an die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle werden die künftigen Entwicklungen in einem Endlager nach der Betriebsphase in verschiedene Klassen unterteilt, in zu erwartende Entwicklungen und in abweichende Entwicklungen. Für die zu erwartenden Entwicklungen darf die zusätzliche effektive Dosis für Einzelpersonen der Bevölkerung nur im Bereich von 10 Mikrosievert pro Kalenderjahr liegen. Für die abweichenden Entwicklungen darf sie bei 100 Mikrosievert pro Kalenderjahr liegen.

Anforderungen

Sicherheitsanforderungen – Sie konkretisieren den Stand von Wissenschaft und Technik, der bei Errichtung, Betrieb und Verschluss eines Endlagers für wärmeentwickelnde Abfälle einzuhalten und von der jeweiligen Genehmigungsbehörde zu prüfen ist. Sie sollen der Maßstab für die Sicherheit eines Endlagers sein

Sicherheitsbestimmungen – ► Sicherheitsanforderungen

Untersuchungen

Sicherheitsuntersuchungen – Auf der Grundlage der Erkundungsergebnisse macht die ► BGE in jeder der drei Phasen der Endlagersuche vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und wendet die Anforderungen und Kriterien auf die zu untersuchenden ► Teilgebiete, ► Standortregionen bzw. ► Standorte an

Kriterien

Ausschlusskriterien – Gebiete, die großräumigen Vertikalbewegungen und Einflüssen aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit unterliegen oder Regionen mit aktiven Störungszonen, seismischer oder vulkanischer Aktivität oder in denen junges Grundwasser vorkommen, werden ausgeschlossen

Mindestanforderungen – Damit Regionen als Standort für die Lagerung des hochradioaktiven Abfalls in Frage kommen können, müssen folgende Mindestanforderungen gelten: Die Gebirgsdurchlässigkeit muss gering sein, dies soll gewährleisten, dass kein Wasser eindringt. Die Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 100 Meter betragen. Die minimale Teufe des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 300 Meter unter der Erde liegen. Die Fläche muss ausreichend groß für ein Endlager sein. Und schließlich muss die Barrierewirkung erhalten sein

Abwägungskriterien – Die Abwägungskriterien beziehen sich zum einen auf geowissenschaftliche und zum anderen auf planungswissenschaftliche Kriterien. Anhand der geowissenschaftlichen Kriterien sollen die Standorte vergleichend beurteilt und festgestellt werden, ob eine geologisch günstige Gesamtsituation für ein Atommüll-Lager vorliegt. Bei den planungswissenschaftlichen Kriterien werden Faktoren wie Abstand zur Wohnbebauung, Emissionen, Überschwemmungsgebiete, Kulturgüter oder Bodenschätze einbezogen



► Einlagerungstransportstrecke Nord in der Baustelle des Endlagers Schacht KONRAD

Anders bei schwach- und mittelradioaktiven Abfällen: Hier hat der Gesetzgeber ausdrücklich darauf verzichtet, die Sicherheitsanforderungen dem Stand von Wissenschaft und Technik anzupassen. Denn das Projekt KONRAD könnte diese Anforderungen gar nicht erfüllen: Die Sicherheitskriterien von 1983 erlauben 300 Mikrosievert pro Kalenderjahr, was bei Schacht KONRAD mit 260 Mikrosievert auch knapp erreicht wird.

► **Fazit**

Beim Neustart der Endlagersuche muss ein vergleichendes Suchverfahren für alle Arten von Atommüll gewährleistet werden, wie es im StandAG angelegt ist. Abweichenden Umgang mit den schwach- und mittelaktiven Abfällen darf es nicht geben. Das legt die Forderung nahe, einheitliche Sicherheitsanforderungen anzuwenden, um so die bestmögliche Sicherheit bei der Aufbewahrung aller Arten von Atommüll zu garantieren, statt einen „Sicher-

heitsabschlag“ beim Schacht KONRAD zuzulassen. Wer weit-sichtig handelt, plant deshalb die Aufgabe des Schachts KONRAD und einen entsprechenden Lagerbedarf von rund 600 000 Kubikmetern für alle schwach- und mittelaktiven Abfälle bei der Endlagersuche ein. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg hat sehr früh – zum Beispiel im sogenannten „Call for Papers“ – auf dieses Thema verwiesen.

Die Konzentration der Fachkonferenz auf den Umgang mit den hochradioaktiven Abfällen wird den tatsächlichen Anforderungen nicht gerecht. Der Atomexperte Michael Sailer und die Bürgerinitiative haben zu Beginn der ersten Beratungskonferenz die Notwendigkeit einer Betrachtung von „Co- Disposal-Konzepten“ unterstrichen.

Zudem sind unbedingt Arbeiten im Bereich Forschung und Entwicklung durchzuführen, die zu einem besseren Verständnis der Endlagersysteme und ihres Umfeldes führen, beispielsweise zu

den in den Endlagersystembestandteilen (Abfallform, technische Barrieren, geotechnische Barrieren, Wirtsgestein) ablaufenden THMCB-Prozessen (Thermisch, Hydraulisch, Mechanisch, Chemisch, Biologisch) und ihrer Kopplung untereinander sowie in Verbindung mit ihrem geologischen Umfeld und radiolytischen Wirkungen. Große Kenntnisdefizite bestehen auch im Bereich dynamischer Wechselwirkungen.

Oder ganz einfach gesagt: Ein bestmöglicher Standort für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle muss mit Blick auf das Wirtsgestein gar kein bestmöglicher Standort für die Lagerung von schwach- und mittelaktiven Abfällen sein! Bei inklusiver Betrachtung (schwach-, mittel- und hochradioaktiv) könnte die Suche eine ganz neue Richtung nehmen.

Quellen
Standortauswahlgesetz
Nationales Entsorgungsprogramm 2015
eigene Recherchen

Frauen haben stets (mindestens!) die Hälfte unserer Geschichte gestaltet – meist unter widrigsten Bedingungen und oft gegen massive männliche oder gesellschaftliche Widerstände. Starke Frauen als treibende Kraft gesellschaftlicher Veränderungen sind die „Frauenorte“ in Deutschland gewidmet. Mit Widerstand hat auch der nun jüngste Frauenort in Niedersachsen zu tun. Nachdem der Landesfrauenrat Niedersachsen im Juni in Königslutter am Elm den 44. Niedersächsischen Frauenort „Kaiserin Richenza“ aus dem 12. Jahrhundert widmen konnte, hat auch Lüchow-Dannenberg seit Ende Juni einen derartigen Gedenkort starker und politischer Frauen. Für Marianne Fritzen, die 2016 verstorbene Gründerin und langjährige Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, fand in Schreyahn eine feierliche Eröffnung ihres Lüchower Frauenortes statt – erstmals wieder als öffentliche Präsenzveranstaltung. Mariannes Ort steht unter dem von ihr geprägten Motto „Weil es Grenzen gibt, die das Gewissen setzt“. Sehr interessante Grußworte auch zum Gesamtprojekt gab es von Frau Dr. Biermann vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und der Vorsitzenden des Niedersächsischen Landesfrauenrats, Marion Övermöhle-Mühlbach. Landrat Jürgen Schulz nutzte sein Grußwort, um auch von seiner interessanten persönlichen Geschichte mit der Geehrten zu berichten, die zu den Hundert wichtigsten Persönlichkeiten in Deutschland zählte. Die Laudatio für Marianne hielt im Angesicht der Familie ihre Freundin und langjährige politische Weggefährtin Rebecca Harms. „Entschieden in der Sache, mutig, doch nicht übermütig“ habe sie Marianne erlebt, „nie leichtfertig, sondern nur mit guter Begründung“ habe die „Citoyen/ Bürgerin Fritzen“ ihre Entscheidungen und Abwägungen getroffen. Mit Hartnäckigkeit, mit Charme und auch mit Schärfe hätten einst Marianne Fritzen und Gisela Knoll als parlamentarischer Arm des Protestes und erste grüne Ratsfrauen die Anliegen der ökologischen Bewegung in den Kreistag getragen, wo sie die hiesigen „Stammtischverhältnisse“ erschütterten. Ihnen folgten später die Europaabgeordnete

Undine von Blottnitz und die Bundestagsabgeordnete Lilo Wollny – und natürlich auch die Rednerin und Europaabgeordnete Rebecca Harms selbst. Wenn heute über das in Gorleben Erreichte gesprochen werde, gehöre die Veränderung der politischen Landschaft in Deutschland zweifellos dazu. Ihre heutige Rede sei eine notwendige Vertiefung der Laudatio, die sie 2010 zur Verleihung des Petra-Kelly-Preises für die große Pazifistin gehalten hatte, die Demokratiegeschichte schrieb.

Den Frauenort „Marianne Fritzen“ hat die Gleichstellungsbeauftragte der Samtgemeinde Lüchow, Dr. Ingrid Holst, initiiert und zusammen mit Birgit Huneke vom Gorleben Archiv umgesetzt. Das ebenfalls von Marianne initiierte Archiv wird sich auch daran beteiligen, dass ihr Frauenort Schülerinnen und Schülern politische Bildung vermitteln kann. Ulrich Rhode vom Gorleben Archiv und Jan Becker von der Bürgerinitiative haben Mariannes Spuren durch einen Geocaching Rundgang in Lüchow erfahrbar gemacht.

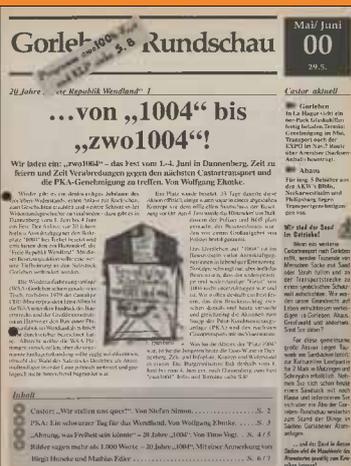
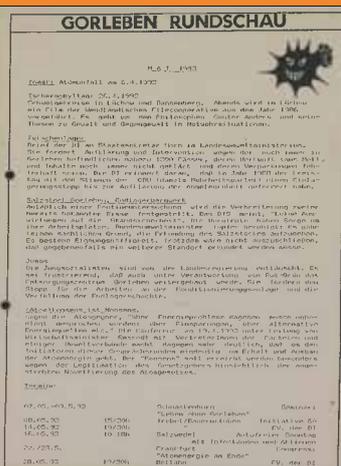
Für die BI Lüchow-Dannenberg nahm an der Feierstunde – wie sollte es bei einem Frauenort auch anders sein – die zweite Vorsitzende Elisabeth Hafner-Reckers teil. Sie erinnerte an den ersten Kreuzweg für die Schöpfung 1988, an dessen Zustandekommen die Christin Marianne maßgeblich beteiligt gewesen war, und kündigte den Start des diesjährigen Kreuzweges am 4. Juli von Gorleben in den Braunkohletagebau Garzweiler in Nordrhein-Westfalen an, mit dem der Bogen von der Anti-Atom-Bewegung zur Klimabewegung gezogen werden soll (s. Bericht Seite 16). Ein Anliegen, das unbedingt im Sinne Mariannes gewesen wäre, die mit politischer Weitsicht 1977 keine Bürgerinitiative „gegen Atom“ oder gegen ein Endlager in Gorleben gründete, sondern vielmehr vorausschauend eine Bürgerinitiative Umweltschutz. In diesem Geiste – im unbedingten Geist der Nachhaltigkeit und des Erhalts der Schöpfung – sollte auch die Entwicklung des Landkreises von dem Prinzip der Achtsamkeit und eben von Wissensgrenzen geprägt sein. Wie aus den Reden aber schon deutlich wurde, könnte es sicher eines Tages noch einige „Frauenorte“ mehr aus dem Umfeld von Marianne Fritzen in Lüchow-Dannenberg geben ...



frauenORT Lüchow

Der Gründerin der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg wurde kürzlich in der „Hauptstadt des Wendlands“ der „frauenOrt Marianne Fritzen“ gewidmet.

Von Martin Donat



... wer hat so viel Pinke Pinke?

In eigener Sache: Die Gorleben Rundschau wird sich verändern

Intern Die Gorleben Rundschau begleitet den Widerstand im Wendland seit über 40 Jahren. Viele Veränderungen in ihrer Gestaltung und Erscheinungsweise hat es seitdem gegeben, nun steht erneut ein Richtungswechsel an. Dabei könnten die Leserinnen und Leser eine entscheidende Rolle spielen. Blattmacher Andreas Conradt erläutert, warum es worum es geht.

Welch ein verrücktes Jahr liegt hinter uns! Eine Seuche hat die Welt heimgesucht, für ein gutes Jahr nahezu lahmgelegt. Manchem mag es rückblickend vorkommen, als sei zwischen März 2020 und April 2021 nur ein Monatswechsel gewesen, nicht ein ganzes Jahr im Teil-, Voll-, Keine-Ahnung-Wie-Lockdown. Andererseits aber wurde das Wendland in dieser Zeit von einer Jahrzehnte währenden Seuche befreit: Der Salzstock Gorleben wird nicht das seit Ernst-Albrechts Zeiten beschworene „Endlager“ für hochradioaktiven Abfall! Die damalige Top-Down-Entscheidung wurde im September noch schnell vor der Lockdown-Entscheidung revidiert. Gut, es gibt in beiden Fällen Unsicherheiten: Was ist mit der Gammastrahlung aus dem Zwischenlager und der Deltavariante aus Großbritannien? Kommt zuerst die vierte Welle über Deutschland oder das Salz zurück in den Stock? Macht ein Endlager in Ton, schließlich, oder zehn Reiserückkehrer aus Malle das Wendland erneut zum Risikogebiet?

Unsicherheiten wohin man schaut!

Aber es gibt auch Gewissheiten – ob die einem gefallen, steht freilich auf einem anderen Blatt: weniger und vorsichtigeres Reisen in der Zukunft, weniger und kleine-



re Demos im Wendland, weniger – und darum geht es hier! – Ausgaben der Gorleben Rundschau. Nicht insgesamt, aber doch in gedruckter Form, denn gerade die Herausgabe der, wie ein altdieudierter Fernsehjournalist sie neu tituliert, „altherwürdigen Gorleben Rundschau“ ist so unverhältnismäßig teuer, dass die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg die Kosten dafür nicht mehr vollständig und nicht mehr ungefragt aus dem Budget der Mitgliedsbeiträge und Spenden zu nehmen wagt. Die wurden durch Corona und werden nach dem Gorleben-Aus zwar kaum weniger, aber mangelnde Einnahmen durch mangelnde Veranstaltungen im letzten und in diesem Jahr machen den Jahresabschluss doch sichtbar schmaler. Da ist die Vorsicht des Kassenswarts die Mutter der Sparmaßnahmen.

Das ist unser Plan

Künftig wird es die GR zwar weiterhin in unveränderter Form geben – gut über 20 Seiten, alles in Farbe, schön gestaltet und gut recherchiert, mit vielen Autor/-innen und einem aufmerksamen Korrektur – aber in gedruckter Form eben nur noch viermal im Jahr, nicht mehr sechsmal wie bisher. Die zwei „gestrichenen“ wollen wir durch vier digitale Ausgaben ersetzen. Das ist auch für

uns ein Experiment, denn ob unsere Leser/-innen den Wechsel von Blei zu Byte goutieren oder ob sie uns künftig ignorieren, können wir nicht einschätzen. Unter uns „Macher/-innen“ der Gorleben Rundschau steht's fifty fifty. Wir sind gespannt! Wie übrigens die Online-Ausgaben am Ende aussehen werden, wird derzeit noch im „Verlags-haus“, sprich: im BI-Vorstand, heiß diskutiert. Bleibt auch ihr gespannt!

Oder Ihr habt andere Ideen...

Denkbar ist natürlich auch, dass Ihr als unsere Leser/-innen dahingehend Einfluss nehmen wollt, der GR weiterhin die Medien angedeihen zu lassen, für die sie in den späten Siebzigerjahren entwickelt wurde: Papier und Druckschwärze, Briefmarke und gelbe Post.

Wir würden uns freuen, dazu Nachricht von Euch zu bekommen – gerne in Form einer E-Mail an redaktion@gorleben-rundschau.de. Und wenn's Euch arg pressiert, nimmt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg auch gerne eine außerordentliche Spende entgegen (Stichwort: 6XGR, IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21). Ob traditionell in gedruckter Form oder im Wechsel von Print und Online: Wir freuen uns auf weitere 40 Jahre Gorleben Rundschau zusammen mit Euch als Leserschaft!

Landpartie hoch 2

Neben der *Kulturellen Landpartie* findet im August auch der neue *Landgang* statt

Kultur Wenn die Corona-Lage sich nicht dramatisch verändert, wird die *Kulturelle Landpartie* in diesem Jahr tatsächlich stattfinden – und nicht nur die! Zum sogenannten Ausweichtermin vom 28. Juli bis zum 8. August sind unter dem Label „Kulturelle Landpartie“ wieder zahlreiche Höfe, Ateliers und Werkstätten geöffnet. Nahezu gleichzeitig findet vom 31. Juli bis zum 8. August erstmals auch der „Landgang“ statt. Von Andreas Conradt und Angelika Blank

Zuerst die gute Nachricht: Die *Kulturelle Landpartie* (KLP) findet dieses Jahr tatsächlich statt – vorausgesetzt es gibt keine neuerlichen scharfen Corona-Beschränkungen. Die womöglich schlechte Nachricht: Es sind deutlich weniger Punkte als in früheren Jahren, die an der KLP teilnehmen. Das liegt einerseits daran, dass so manche/-r Kunsthandwerker/-in im Angesicht der ungewissen Infektionslage noch zögert, auszustellen, aber auch daran, dass sich rund zwanzig Kunsthandwerker/-innen aus der KLP verabschiedet haben und eine eigene Ausstellungsreihe, den *Landgang* veranstalten. Die Alternative zur KLP findet vom 31. Juli bis zum 8. Juli statt. Eine dritte Initiative rund um die Brauerei Kussebode hat sich ebenfalls von der KLP gelöst und will künftig die *Wendlandpartie* veranstalten. Angesichts unsicherer Corona-Entwicklung haben die Veranstalter aber für dieses Jahr ihre Ausstellungsreihe erneut abgesagt.

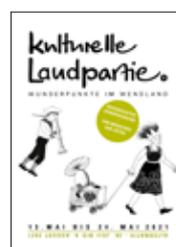
► Kulturelle Landpartie

So bleiben es rund 60 Punkte mit gut 220 Ausstellungen, die dieses Jahr im Rahmen der *Kulturellen Landpartie* besucht werden können. Auch die Anzahl der Veranstaltungen hat sich drastisch verringert. Statt über 1500 Veranstaltungen, wie in den vergangenen Jahren, finden in den zwölf Tagen der *Kulturellen Landpartie* nur rund 150 verschiedene Veranstaltungen mit etwa 350 Terminen an den verschiedenen Ausstellungsorten statt. Auch

zwei „Nachpunkte“ sind dabei, frei nach dem Motto: „Wir öffnen dann, wenn andere schließen.“ Neu ist die KLP-WebApp, mit der Besucher/-innen unterwegs immer im Bilde sein können, was gerade wo stattfindet. Auf der neuen mobilen Webseite werden alle Punkte mit ihren Ausstellungen und Veranstaltungen ständig aktualisiert. Für Menschen ohne Smartphone oder Tablet wird es auf der Internetseite der KLP einen Veranstaltungskalender zum Herunterladen geben, der kurz vor Beginn der Landpartie noch einmal aktualisiert wird. Die Sonderausgabe „Menschen und Orte“ des traditionellen Reisebegleiters kann im Büro der *Kulturellen Landpartie* oder per E-Mail über klp@kulturelle-landpartie.de bezogen werden. In dem kleinen Katalog stehen dieses Jahr Porträts der Veranstalter/-innen von Ausstellungsorten im Mittelpunkt. Redaktionelle Beiträge, eine Übersichtskarte und ausgearbeitete Radtour-Vorschläge runden die diesjährige schlanke Ausgabe des Reisebegleiters ab.

► Landgang Wendland

Besucher/-innen des Wendlands werden sich in diesem Jahr nicht nur auf neue Medien bei der KLP einstellen müssen, sondern mit dem *Landgang* auch eine zweite Veranstaltung ähnlicher Machart erleben können. Organisiert wird die alternative Kulturwoche von ehemaligen KLP-Urgesteinen; ein knappes Dutzend von ihnen hatte sich vor rund einem Jahr von der KLP losgesagt. Viele von ihnen



waren bis dahin in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften der KLP aktiv an der Entwicklung der Landpartie beteiligt, konnten aber nach eigenen Angaben Vorschläge zur Größenbegrenzung, Mobilitätsleitung und Verringerung des ökologischen Fußabdrucks über Jahre und in unzähligen Plenaren nicht durchsetzen. Auch die wiederholt vorgefundene Abnahme der Qualität von Kunst, Handwerk und Veranstaltungen mochte das nun ausgetretene Dutzend nicht länger mittragen.

Mittlerweile haben sich im *Landgang* 24 Aussteller/-innen zusammengefunden, und es bleibt die Frage, warum *Landgang* für seine Kulturwoche den nahezu gleichen Zeitraum nutzt wie die *Kulturelle Landpartie*. Eine der Ausstellerinnen gibt dafür ökonomische und ökologische Gründe an: Nach 35 Jahren aktiver Mitarbeit in der KLP mag sie auf den Strom an Besucher/-innen nicht verzichten – zumal es noch viel weniger umweltverträglich wäre, ein zweites Mal im Jahr einen solchen Strom ins üblicherweise ruhige Wendland zu rufen. Detaillierte Informationen zu *Landgang* gibt es auf der Webseite www.landgang-wendland.de. Mit Ausnahme eines Termins in Bussau, gibt es Veranstaltungen in Form diverser Konzerte und weniger Workshops in diesem Jahr ausschließlich in Zadrau.

Quellen
PM Kulturelle Landpartie
Website Landgang
eigene Recherchen



Bon Camino!

Der aktuelle „Kreuzweg für die Schöpfung“ ist in Gorleben gestartet

Protest Die Kohleverstromung gehört zu Europas größten CO₂-Verursachern. Für den Abbau der dafür verwendeten Braunkohle werden auch heute noch Menschen umgesiedelt, werden ganze Dörfer niedergewalzt und äußerst fruchtbarer Ackerböden für immer zerstört. Das kann engagierte Menschen im Wendland nicht kalt lassen, zu offensichtlich ist die Parallele zur Monstrosität Gorleben. Von Elisabeth Hafner-Reckers

Im Frühjahr 1988 machten sich Atomkraftgegner/-innen in Wackersdorf, dem geplanten Standort einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage, mit einem Kreuz auf den Weg nach Gorleben – dem geplanten Standort eines sogenannten Endlagers. Sie gingen zu Fuß, in 33 Etappen, über 1200 Kilometer. Mehr als 6000 Menschen beteiligten sich an diesem „Kreuzweg für die Schöpfung“: Sie drückten damit nicht nur den – auch christlich geprägten – Widerstand gegen die zerstörerische Atomtechnologie aus, sondern auch die Kontinuität der Kämpfe und die Solidarität der Aktivist/-innen.

In dieser Tradition steht auch der diesjährige „Kreuzweg für die Schöpfung“, bei dem ein Kreuz von Gorleben im Wendland nach Garzweiler ins Rheinische Braunkohlerevier getragen wird. Gestartet wurde am 4. Juli beim Gor-

lebener Gebet, gelaufen wird seitdem über das AKW Grohnde, die Fleischfabriken von Tönnies, das neue Kohlekraftwerk Datteln IV und die RWE-Zentrale in Essen. Ziel ist Lützerath, das Dorf an der Tagebaukante von Garzweiler II, das akut von Zerstörung bedroht ist. „Wir wollen damit den Skandal der schmutzigen Energiegewinnung aus Braunkohle in die Fläche tragen“, erklärt Cornelia Senne von der Initiative „Die Kirche(n) im Dorf lassen“. Schon immer – in allen Kulturen, in allen Religionen – haben Menschen Zuflucht zu symbolischen Handlungen genommen, um drohende Gefahren für die Gemeinschaft abzuwenden. Im Mittelalter gab es Bewegungen, die die Botschaft der Bedrohung von Ort zu Ort und von Mensch zu Mensch weitertrugen. Im diesjährigen Kreuzweg von Gorleben, dem Ort der ge-

bändigten Gefahr, nach Garzweiler, dem Ort des drohenden Unheils, sehen die Veranstalter/-innen erneut die Möglichkeit, einerseits auf die kommenden Gefahren aufmerksam zu machen, andererseits vielen Menschen zu verdeutlichen, dass die Menschheit Besseres leisten muss, als den Klimawandel durch Kohleverstromung und den daraus entstehenden erhöhten CO₂-Ausstoß noch weiter anzuhetzen. Sie muss Besseres leisten, als sich weiter den Gefahren der Atomkraft durch Reaktorunglücke und der unsachgemäßen Lagerung von Atommüll auszusetzen. „Wir wissen doch längst, dass es sinnvollere Arten der Energiegewinnung gibt“, so die Organisator/-innen des Kreuzwegs. „Wir stehen erst am Anfang, es gibt es noch so viele Möglichkeiten Energieeinsparung und Energiegewinnung weiterzuent-

wickeln. Auf diese Lösungsansätze wollen wir mit dem Kreuzweg auch aufmerksam machen.“

► Zusammenhang der Proteste

Das Rheinische Braunkohlerevier ist heute der größte CO₂-Emittent in Europa. „Der Kohleausstieg in Deutschland ist zu langsam und nutzt eher den Konzernen als dem Klimaschutz. Zugleich versuchen einzelne Interessengruppen, die Atomkraft wieder als Energie-Alternative ins Spiel zu bringen – obwohl sich diese mit ihren ökologischen Risiken, exorbitanten Kosten und jahrzehntelangen Realisierungszeiten gleich mehrfach als Instrument disqualifiziert“, sagt Sönke Tangermann, Vorstand beim Öko-Energieanbieter Greenpeace Energy, dem Hauptunterstützer der Aktion. „Atom- und Kohleausstieg gehören inhaltlich zusammen: Beide schädlichen Energieformen müssen vom Netz und schnell durch Erneuerbare ersetzt werden. Der Kreuzweg bündelt Protest und Forderungen zu beiden Themen in nötiger und sinnvoller Weise.“

Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, sieht im Kreuzweg einen Mutmacher: „Die Atompolitik ist an unserem bunten, vielfältigen Widerstand gescheitert. Das Greenpeace-Schiff ‚Beluga‘ ist symbolhaft am ehemaligen Erkundungsbergwerk Gorleben gestrandet. Von dort aus wandert nun das Widerstandssymbol, das gelbe X, an andere Brennpunkte weiter – als Mut machendes Beispiel dafür, dass Zivilcourage Berge versetzt.“ Und auch Elisabeth Hafner-Reckers vom Gorlebener Gebet erklärte bei der Auftaktkundgebung im Wendland: „Damals wie heute drückt sich im Kreuzweg der innere Zusammenhang der Proteste ebenso aus wie die Solidarität der Umweltaktivist/-innen an den verschiedenen Schauplätzen.“

Beides ist auch bitter nötig: In Lützerath verlieren heute noch Menschen ihr Zuhause für die veraltete, menschenfeindliche Braunkohletechnologie. Unter breiten Protesten und durch Einsatz massiver Polizeikräfte hat RWE im Januar mit Abrissen begonnen – im Oktober hatte der Konzern schon Hunderte Bäume im Dorf und der Umgebung gefällt. „Gerade

hier, in der Wüstenei von Lützerath, wird das Kreuz aus Gorleben aufgerichtet werden – als Zeichen der Hoffnung, der Versöhnung und nicht zuletzt der Solidarität mit den Aktivist/-innen vor Ort,“ so Cornelia Senne, die hier seit über einem Jahr „Gottesdienste an der Kante“ feiert.

► Erfahrungen aus dem Wendland

Im Wendland hat der jahrelange kreative Protest auf der Straße tatsächlich geholfen, das Fachwissen in der Bevölkerung, das selbst die Politiker/-innen immer wieder erstaunt hat, der lange Atem, die Beharrlichkeit. Geholfen hat aber auch die verständigte Unterschiedlichkeit innerhalb des Widerstandes, von der Bürgerinitiative und der Bäuerlichen Notgemeinschaft über die Gartower Runde und die lokalen Castor-Gruppen bis hin zum Gorlebener Gebet.

Geholfen hat aber vor allem, dass es dem wendländischen Widerstand immer wieder gelungen ist, die mediale Aufmerksamkeit auf den einen großen und ungelösten Konflikt lenken zu können: Wohin mit dem Atommüll?

Das gemeinsame Gehen bringt Menschen mit sich selbst, mit Anderen und mit der Umwelt in einen ganz besonderen Kontakt. Da ist auch die 2021er Ausgabe des Kreuzwegs keine Ausnahme. Mit ihm verbinden die Akteure die Hoffnung, dass die Erfahrungen aus dem Widerstand im Wendland auch im Rheinland hilfreich sein mögen.

„Vielleicht trägt auch hier der Einsatz der Vielen, das Fachwissen um alternative Lösungswege, die Beharrlichkeit, vielleicht tragen all die demokratischen Möglichkeiten unseres Rechtsstaates schließlich dazu bei, dass die alten Dörfer bleiben und neues Leben und neue Ideen für eine nachhaltige Energieversorgung einziehen“, so hoffen die Organisator/-innen des Marschs

Auf dem berühmtesten Pilgerweg, dem Jakobsweg, grüßen sich die Menschen mit „Bon Camino“. Darum geht es: die guten Wege zu entwickeln und sie zu gehen.

Quellen
Bürgerinitiative „Kirche(n) im Dorf lassen“
Pressemitteilung BI Lüchow-Dannenberg
Greenpeace Energy

► Es hat ZOOM gemacht Das „Making Of“ des Kreuzwegs

Es war alles andere als ein Zufall, dass sich Anfang Mai Menschen aus dem Rheinland mit dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Martin Donat, und dem Gartower Pastor Eckhard Kruse zu einer Videokonferenz trafen. Thema: Das Wendland trifft das Rheinland. Dabei ging es um einen Erfahrungsaustausch über mögliche Widerstandsformen im Rheinland, die sich gegen eine weitere Kohleverstromung wenden. Das gelbe X ist im Braunkohlengebiet längst zum eindeutigen Symbol des Widerstands geworden, jetzt sollte es um neue Projekte gehen. Tipps aus Lüchow-Dannenberg waren ausdrücklich willkommen.

Neben allerlei anderen Geschichten, erinnerte Pastor Kruse auch an den Kreuzweg für die Schöpfung von 1988 und dessen Bedeutung für den Widerstand: Viele Menschen seien damals den Weg mitgegangen, viele seien aber auch durch die Begegnungen mit den Wandernden an den jeweiligen Etappen-Endpunkten noch einmal eindrücklich und überzeugend an die Gefahren durch die Atomkraft erinnert worden. Die Erzählung des wendländischen Pastors blieb nicht ohne Folgen. Nach der Videoveranstaltung kam die Idee auf, in diesem Sommer und noch vor den Wahlen einen neuen Kreuzweg für die Schöpfung von Gorleben nach Garzweiler durchzuführen. Denn jetzt gelte es, da waren sich die Menschen vor den Laptops im Wendland und im Rheinland einig, noch einmal erhöhte Aufmerksamkeit für das Klimaproblem und das Thema Energie zu fördern. Dass die Zerstörung der noch übrig gebliebenen Dörfer im Kohlerevier in NRW unmittelbar droht, hat ihnen die Dringlichkeit des Handelns erst recht vor Augen geführt.



► Gorlebener Gebet am 4. Juli (oben) und Beginn des Kreuzwegs an den Atomanlagen in Gorleben



Toxische Taxonomie

In der EU gibt es Strömungen hin zur Atomkraft

Europa In Deutschland will aktuell kaum jemand zurück zur Atomkraft, Gas wird dagegen als notwendiges Übel auf dem Weg zur Klimaneutralität angesehen. In Frankreich ist es genau andersherum. Im Interview erläutert die zweite Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Elisabeth Hafner-Reckers, die schwelenden Konflikte in Brüssel. Von Andreas Conradt

Der europäische sogenannte „Green Deal“ soll die Wachstumsstrategie werden, die die Lebensqualität und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger verbessern, Europa bis 2050 klimaneutral machen und das Naturkapital und die Biodiversität der EU schützen, erhalten und verbessern soll.

Als Teil dieser Strategie hat die Europäische Kommission Ende April ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das dazu beitragen soll, mehr Geld in nachhaltige Tätigkeiten zu lenken. Damit sollen Anleger in die Lage versetzt werden, ihre Investitionen verlässlich und ohne „Greenwashing“ auf nachhaltige Technologien und Unternehmen umzustellen. So will die EU bei der Festlegung von Standards für ein nachhaltiges Finanzwesen eine Führungsrolle übernehmen. „Die neuen Bestimmungen werden eine grundlegende Wende im Finanzwesen herbeiführen“, sagte Kommissarin Mairead McGuinness. „Wir setzen ehrgeizigere Maßstäbe im Bereich des nachhaltigen Finanzwesens, damit Europa bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent wird. Die Zeit ist gekommen, auf Worte Taten folgen zu lassen und nachhaltig zu investieren.“

Verabschiedet ist die „Verordnung zur EU-Klimataxonomie“ allerdings noch nicht, und vor Herbst, eher noch Winter, ist damit wohl auch nicht zu rechnen. Wenn überhaupt! Denn die Meinungen darüber, welche Technologien zum Beispiel zur Energieversorgung als „nachhaltig“ eingestuft werden sollen, gehen weit auseinander. Einige Länder kämpfen für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke, andere möchten sich nicht vom fossilen Gas trennen. Den Widerstand dagegen gibt es seit rund zwei Jahren: Die, die gestern noch lokal gegen Hinkley Point, Flamanville und Gorleben kämpften, sind

heute europäisch vereint in der Rettung eines unverwässerten „Green Deal“.

▷ *Wer sind die Akteure, die die Verabschiedung der Verordnung bisher verhindern konnten?*

Das ist die gesamte europäische Anti-Atom-Bewegung. Federführend ist hier Patricia Lorenz von Global 2000 aus Österreich. In Deutschland ist es seit rund zwei Jahren die sogenannte Anti-Pro-Atom-Gruppe, also ein Zusammenschluss von Vertreter/-innen aller großen Anti-Atom-Initiativen, die wiederum im Austausch mit Global 2000 stehen. Ich selbst vertrete in der Anti-Pro-Atom-Gruppe die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

▷ *Was ist aus Sicht der Anti-Pro-Atom-Bewegung das Problem an der Verordnung zur EU-Klimataxonomie?*

Es wurde im Rahmen des „Green Deal“ beschlossen, dass von der EU nur noch Projekte gefördert werden, die nachweislich keine bleibenden Schäden für die Umwelt mit sich bringen. Aus Sicht der Umweltbewegung gehört die Atomkraft eindeutig nicht dazu, weil sowohl Uranabbau als auch Endlagerung zwangsläufig negative Auswirkungen auf die Umwelt haben und auch im laufenden Betrieb katastrophale Unfälle nicht ausgeschlossen werden können. Man darf Umweltschutz und Klimaschutz nicht gegeneinander stellen!

▷ *In der Verordnung zur EU-Klimataxonomie geht es nur am Rande um Atomkraft. Welche Technologien sollen gefördert werden, und auf welche will man so einwirken, dass ihr Anteil sinkt?*

Gefördert werden sollen die erneuerbaren Energien, also Wind-





Elisabeth
Hafner-Reckers

kraft, Photovoltaik, Biogas, Geothermie und ähnliche. Und hier ist im Moment auch noch die Atomkraft im Gespräch. Sinken soll auf jeden Fall der Anteil der Kohleverstromung.

▷ *Gerade in Deutschland werden häufig Gaskraftwerke als ideale Ergänzung und Brückentechnologie für die Energiewende bezeichnet. Wie steht die EU zu konventionellem Gas?*

Gas ist genau der Knackpunkt, bei dem wir befürchten, dass es zu einem Kuhhandel kommt! Frankreich und eine Reihe osteuropäischer Länder wollen unbedingt an der Atomkraft festhalten – zum Teil, weil sie sie als CO₂-neutral ansehen, im Falle von Frankreich ganz klar auch vor dem Hintergrund des nationalen Atomwaffenprogramms, das Plutonium aus den Reaktoren benötigt. Deutschland dagegen möchte noch für eine ganze Weile am fossilen und CO₂ emittierenden Gas festhalten, weil es anderenfalls eine Stromlücke befürchtet, bis genügend Kapazität in den erneuerbaren Energien aufgebaut worden ist.

▷ *Wo ist der Kuhhandel?*

Frankreich und Deutschland, also die Schwergewichte in der EU, könnten sich verabreden, dem jeweiligen Nachbarn seine umweltschädliche Technologie zu lassen: Deutschland bleibt beim

Gas, Frankreich bleibt beim Atom. Das wäre ein fatales Signal an die anderen Länder und auf jeden Fall ein schwerer Rückschlag für Klimarettung und Umweltschutz.

▷ *Offenbar sieht auch Wolfram König, der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, die Bestrebungen kritisch, die Atomkraft zu einer Art der nachhaltigen Energieversorgung zu erklären (siehe Interview auf Seite 20). Was treibt ihn an, sich so zu positionieren?*

Herr König sieht die Problematik genau wie wir: Betreibt man die AKW weiter, hat man weiterhin und immer mehr Probleme mit Atommüll. Die Gefahr ist, dass die Atomkraftbefürworter in der EU den deutschen Weg der Endlagersuche als Nachweis dafür sehen, dass das Problem mit dem Atommüll lösbar ist. So würde das Standortauswahlgesetz heute das, was in den Achtzigerjahren der Entsorgungsvorsorgenachweis war.

▷ *Nämlich?*

Seit Mitte 1977 bestand die gesetzlich geforderte Entsorgungsvorsorge in Fortschritten bei der Errichtung eines Nuklearen Entsorgungszentrums, später bei der reinen Erkundung des Salzstocks Gorleben. Jahrelang konnte das Erkundungsbergwerk im Wendland gar nicht aufgegeben werden, weil sonst alle AKW hätten

sofort abgeschaltet werden müssen. Genau wie die europäische Anti-Atom-Bewegung, fürchtet Wolfram König, dass das deutsche Standortauswahlgesetz, für das auch er sehr gekämpft hat, von Frankreich und Osteuropa nun als eine Art Entsorgungsvorsorgenachweis missbraucht werden könnte. Das will er auf keinen Fall.

▷ *Gibt es von Seiten der deutschen Energieversorger Forderungen für eine Rückkehr zur Atomkraft?*

Nein, die Forderungen kommen eindeutig aus Frankreich und Osteuropa. Die deutschen Stromproduzenten haben sich längst für einen Weg mit den erneuerbaren Energien entschieden und wollen nicht zurück. Es gibt keine einzige Stellungnahme aus der Energiebranche, die eine Wiederbelebung der Atomkraft fordert.

▷ *Und andere gesellschaftliche Gruppen? Gibt es da Forderungen für eine Renaissance der Atomkraft?*

Außer der AfD ist mir nichts bekannt!

▷ *Wie hoch sind die Chancen, dass Atomkraft und fossiles Gas am Ende doch nicht als nachhaltige Energieträger deklariert werden?*

Das ist unmöglich einzuschätzen, weil es uns als Initiative nicht gelingt, hinter die Kulissen zu schauen und zu erkennen, wer welche Fäden zieht und Druckmittel und Drohkulissen aufbaut. Klar ist nur, dass gerade Frankreich noch weit davon entfernt ist, sich mit einem Atomausstieg auch nur gedanklich zu beschäftigen. Anders als bei uns, gehört die ‚zivile‘ Nutzung der Atomkraft in Frankreich mit zum militärischen Komplex. Ohne AKW keine Atombomben – und das ist in Paris zurzeit völlig undenkbar.

▷ *Da sind also noch dicke Bretter zu bohren!*

Balken! Stahlträger!

„Die Frage ist,



was man unter Nachhaltigkeit versteht“

Wolfram König, Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, im Gespräch

Interview Die Entscheidung über ein Für oder Wider die Aufnahme der Atomkraft in ein Finanzierungsprogramm für Nachhaltigkeit und Klimaneutralität der EU soll in den nächsten Monaten fallen. Elisabeth Hafner-Reckers hat den Chef des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, Wolfram König, zu dieser Entwicklung befragt.

In Europa und weltweit ist die Sorge um die Auswirkungen des Klimawandels in der Politik und bei den Menschen angekommen. Die Europäische Union hat darum das Zeitalter des „Green Deals“ ausgerufen und plant derzeit die Ausgestaltung des europäischen Nachhaltigkeitslabels im Finanzwesen („EU-Taxonomie“). Mit dessen Hilfe sollen künftig alle Investitionen der EU auf ihre Nachhaltigkeit und Klimaneutralität hin überprüft werden.

Nach dem offenen Vorstoß von Frankreich und sechs weiteren Staaten soll dabei die Nutzung der Atomkraft aktiv in die EU-Taxonomie aufgenommen werden. Die gemeinsame Forschungsstelle der EU (JRC), an der auch das Bundesforschungsministerium beteiligt ist, empfiehlt demnach Atomkraft als eine nachhaltige Energieform, um so Gelder aus dem EU-Haushalt zu erhalten.

▷ Herr König, Sie befassen sich seit Jahrzehnten mit den Gefahren der Atomkraft und des Atommülls. Ihre jetzige Aufgabe ist es, das Standortauswahlgesetz umzusetzen und damit für die Suche nach einem „bestmöglichen“ Ort in Deutschland für den Atommüll zu sorgen. Was sagen Sie zu den Aussichten, dass uns allen ausgerechnet durch den Green Deal eine Zunahme des Atommülls in Europa droht?

Die Frage ist doch, was man unter Nachhaltigkeit versteht: Wenn es darum geht, die Regenerationsfähigkeit von Umweltsystemen sicher zu bewahren und zukünftigen Generationen keine vermeidbaren Lasten aufzubürden, dann ist der mit hohen Risiken behaftete Betrieb von Atomanlagen und die Erzeugung von hochradioaktivem Atommüll damit schwerlich zu vereinbaren. Es gibt weltweit noch kein betriebsfähiges Endlager für verbrauchte Brennelemente - und selbst wenn ein Staat dahin käme, wäre das weltweit existierende Problem nicht gelöst. Die Diskussionen auf EU-Ebene dazu laufen ja noch, und die Bundesumweltministerin hat sich hierzu dankenswerterweise bereits eindeutig positioniert. Die fachlichen Argumente hinsichtlich der Risiken der Atomkraftnutzung liegen, uns allen hinreichend bekannt, auf dem Tisch. Ich hoffe, dass diese nun auch in Brüssel gehört werden und industriepolitische Erwägungen dies nicht überlagern.

▷ Sind Sie der Meinung, dass die Gefahren der Atomkraft und damit auch der Lagerung des Atommülls jetzt geringer bewertet sein sollen als die Bedrohung durch den Klimawandel?

Eindeutiges Nein! Diese Gegenüberstellung, ja dieser Versuch, zwei in der Tat sehr große Umweltprobleme zu verquicken, folgt dem alten Muster der angeblichen Alternativlosigkeit. Seit Beginn des Widerstands gegen die Atomenergie erleben wir dieses mit unterschiedlichsten Argumenten – die Schreckens Erzählungen vom dunklen Deutschland ohne Strom bis hin zur Prophezeiung des wissenschaftlichen Niemandslandes ohne Know how. Das Gute ist, dass diesen eher schlichten Bildern ein innovativer Schub bei der Entwicklung von erneuerbaren Energien entgegengesetzt wurde – Windräder, Solaranlagen, Biogas liefern Strom und eben keine Versprechungen, und so geht es eben auch ohne Atomkraft. Und nicht zu vergessen: Allein der immense Zeit- und Geldbedarf für die Planung und den Bau von Atomkraftwerken beantwortet die Frage, ob mit dieser alten Technologie ein ernsthafter Beitrag zur Verminderung der klimaschädlichen Gase erreicht werden kann. Fakt ist, dass dieses nicht allein durch technische Mittel geschehen kann, sondern wir eine grundlegende Transformation unserer Gesellschaft in nachhaltiges Handeln benötigen.

▷ Herr König, Sie erinnern sich sicherlich noch an die Praxis des Entsorgungsnachweises der 80- und 90-er Jahre, der den Bau und Betrieb der bundesdeutschen Atomkraftwerke ermöglichen sollte. Dazu reichte es aus, dass es Verträge zur Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente mit Frankreich und Großbritannien gab oder dass es Fortschritte bei der Erkundung des Salzstocks Gorleben gab. Soll jetzt das deutsche Standortauswahlgesetz dazu herhalten, eine Lösung für die Atommülllagerung zu garantieren und damit den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Europa zu ermöglichen?

In der Tat war dies eine unselige Praxis, die Verantwortung für die Produktion von hochgefährlichen Stoffen auf andere Generationen abzuschieben. In Deutschland werden jedoch in gut 17 Monaten die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet. Es wird nach einem mit breiter Mehrheit getragenen Bundesgesetz ein Standortauswahlverfahren betrieben, das in sehr vielen Punkten den jahrzehntelangen Forderungen der Kritiker/-innen Rechnung trägt. Gorleben wird aufgrund der geologischen Bedingungen nicht weiter als Endlager verfolgt. Ich frage mich derzeit allerdings, warum es nach solchen wirklichen Erfolgen offenbar in Teilen der Zivilgesellschaft so wenig Selbstvertrauen in die politische Meinungsbildung gibt. Meine Botschaft ist da klar: Lasst uns konsequent das Ziel einer sicheren Endlagerung für die existierenden deutschen Abfälle auch in Deutschland mit einem einmaligen Verfahren verfolgen. Ich habe jedenfalls keine Angst, dass dieser allein auf den Ausstieg ausgerichtete Weg für entgegen gesetzte Interessen missbraucht werden kann.



Ist doch glasklar!

Portrait Als Nachhaltigkeit und Upcycling noch nicht in aller Munde waren, hat Klaus Peeters seine Glas- und Gebäudereinigungs-firma schon unter diesem Aspekt gegründet. Wilma Wallat hat mit ihm über die Anfänge gesprochen.

Als gelernter Beton-, Stein- und Terrazzohersteller machte sich Klaus Peeters in den Siebzigerjahren im Bereich Holz- und Bautenschutz selbständig, und wenig später, mehr einem Zufall geschuldet, stieg er in die Glas- und Gebäudereinigung ein. Und das Lastenrad? Das sah Klaus erstmals bei einem Freund, war fasziniert von der Möglichkeit, für seine berufliche Tätigkeit auf Autos weitgehend verzichten zu können und konnte das erste Rad günstig erwerben. Mit der Ausweitung der Firma wurden ein weiteres ohne E-Antrieb und inzwischen zwei mit E-Antrieb gekauft. Leitern werden auf einem Anhänger transportiert, der vom einem Freund schon vor rund 40 Jahren gebaut wurde.

Sehr früh schlug Klaus' Herz für die Solarenergie, und das kam dem Gorleben-Widerstand zugute, dem Klaus von Beginn angehörte: Auf 1004 baute er mit Freunden eine Solardusche, dokumentiert ist das im Film „Der Traum von einer Sache“. Parallel

zur Entwicklung seiner Glas- und Gebäudereinigungs-firma gründete Klaus mit anderen Widerstandsaktivisten eine Videogruppe, die insbesondere Polizeieinsätze bei Anti-Castor-Demos dokumentierte und diese Filme auch verkaufte. Auch sein Sohn Tim war früh bei Anti-Castor-Demos dabei.

Zur Firmenphilosophie gehört für Vater und Sohn Tim seit jeher ein verantwortlicher Umgang mit Ressourcen. Ohne dass Vokabeln wie „Nachhaltigkeit“ oder „Upcycling“ fallen, macht sich an vielen Beispielen deutlich, dass beides hier praktiziert wird. Selbstverständlich wird der erforderliche Strom für Akkus und die Waschmaschine aus der hauseigenen Photovoltaikanlage bezogen. Um diese möglichst effektiv zu nutzen, hat Klaus die Möglichkeit, die Anlage je nach Sonneneinfall von seinem jeweiligen Einsatzort zu steuern. Moderne Technik wird hier zum sparsamen Umgang mit Ressourcen genutzt. Für den sparsamen Umgang mit Ressourcen finden sich im Betrieb zahlreiche Beispiele, vor allem Tim macht es sichtlich Spaß, Gebrauchsgegenstände, die andere Menschen entsorgen, kreativ umzunutzen: Wäscheständer vom Sperrmüll werden zu Trocknern für die vielen zu waschenden Putzlappen, Senfeimer aus Imbissen werden zu Putzeimern, alle möglichen gebrauchten Metallgegenstände werden für ein übersichtliches Lagersystem verwendet. Was noch verwendbar, aber nicht ganz heil ist, wird repariert und seiner neuen Funktion zugeführt.

Ganz ohne Kompromisse geht es aber auch bei Klaus und Tim nicht: Während die Reinigungsmittel weitestgehend aus ökologischer Produktion bezogen werden, kommt man bei den verwendeten Putztüchern oft nicht um solche mit Plastikanteilen herum. Selbstverständlich ist auch der Parkplatz vorm Firmengebäude in Dannenberg nicht versiegelt, son-

dern biologisch „korrekt“ mit Lehmkies gestaltet. Die Kunden der Dannenberger Gebäudereiniger stammen überwiegend aus dem gewerblichen Bereich, eine ganze Reihe sind Klaus aus dem Widerstand bekannt. Werbung für das Unternehmen läuft über Mund-zu-Mund-Propaganda. Vater und Sohn hoffen, dass ihr Firmenverständnis auf Dauer auf die Kunden abfärbt und die sich an ihrem sparsamen Umgang mit Ressourcen ein Beispiel nehmen.

Bis zu einem Umkreis von 15 Kilometern fahren die beiden und ihre inzwischen 11 Mitarbeiter/-innen mit den Lastenrädern; bei weiter entfernten Einsatzorten werden dann aber doch PKWs.

Klaus und Tim sehen durchaus einen Trend zur Nutzung von Lastenrädern. In Hitzacker sind Beschäftigte beim Gartenbauamt mit Lastenrädern unterwegs, und in verschiedenen Städten soll es auch entsprechende Einsatzbeispiele geben.

Und: Seit einigen Jahren wird die Anschaffung von Lastenrädern durch öffentliche Mittel mit 25 Prozent des Kaufpreises gefördert. Davon profitierten auch Klaus und Tim bei der Anschaffung ihres neuesten Rads.

Doch die beiden sind überzeugt, dass es viel mehr Potenzial gäbe. „Die Politik müsste viel mehr Gas geben.“ Zum Beispiel Überzeugungsarbeit leisten und den Fahrradverkehr attraktiver machen. Die Verkehrssituation sei für Lastenräder oft sehr schwierig. Eine entsprechende Infrastruktur müsste den Verzicht auf das Auto erleichtern. Hier seien letztlich auch Stadt- und Ortsplanung gefragt. Klaus träumt von einer Ausweitung der Solarstromproduktion nach dem Motto der Fridays-for-Future-Bewegung „Auf jedes Dach eine Solaranlage“.

Nachhaltigkeit und Upcycling, sparsamer und kreativer Umgang mit vorhandenen Ressourcen werden auch noch in Jahren, wenn die Firma von Tim geführt wird, in guten Händen sein!



Fotos: Wilma Wallat, Rainer Erhard



Im Januar 1995 veröffentlichen verschiedene Gruppen wie die „Unbeugsamen“, die „Gorleben Frauen“ und die „Kurve Wustrow“ das Konzept zum „Zivilen Ungehorsam“ bei einer öffentlichen und gemeinsamen Schienendemontage vor dem Dannenberger Verladekran. Es unterzeichnen über 300 Menschen eine Zeitungs-anzeige und bekennen sich damit zu der Aktion „Ausrangiert“. Die Allgemeinverfügung des Landkreises Lüchow-Dannenberg lässt nicht lange auf sich warten. Am 12. März beteiligen sich trotz des Verbots mehr als 1000 Menschen an der gewaltfreien Aktion. Öffentlich werden Bahnschwellen am Castor-Gleis in Dannenberg demontiert. „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Ausrangiert zur Pflicht!“, schreiben Schüler und Schülerinnen auf ihr Transparent. Massives Auftreten von Polizei und Bundesgrenzschutz können die Aktion nicht verhindern. Dafür gab es Hausdurchsuchungen und – später wieder eingestellte – Prozesse.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr

☎ 05841 - 4684

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

kulturelle
Landpartie®

W U N D E R P U N K T E I M W E N D L A N D

Kulturelle Landpartie im Wendland, 28. Juli bis 8. August 2021

Das Programm der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

BI-Zelt auf der Mützingenta: Informationen und Widerstands-Artikel

Gespräche, Bücher, Informationen - BI-Textilien, Tassen, Fahnen - alles mit der Wendlandsonne, Mützingen
10.00 bis 19.00 Uhr: täglich

Mit Eseln über den Salzstock zum Bohrloch 1004

Geführte Wanderung mit Eseln zum Platz der Freien Republik Wendland. Dauer ca. 3 Stunden. Start Hauptstr. 54 in Trebel
witterungsabhängig, Anmeldung unter Tel. 0174-9712956, Hutkasse
11.00 Uhr: täglich

Der Traum von einer Sache: Gorleben lebt! – Der Rest der Welt soll es auch

Eine Ausstellung durch die bewegte Geschichte des Gorleben-Widerstands, Salinas-Gelände, Atomanlagen bei Gorleben

Die Atomanlagen Gorleben

In einem gut 90-minütigen Vortrag gibt die BI Lüchow-Dannenberg einen Überblick über die Atomanlagen, das Ausscheiden
Gorlebens und den Fortgang der Standortsuche für ein „Endlager“, Hutkasse, Salinas-Gelände, Atomanlagen bei Gorleben
13.00 Uhr: 30.07., 31.07., 06.08.
15.30 Uhr: 30.07., 31.07., 01.08., 06.08., 08.08.

Nach Gorleben auch Schacht KONRAD aufgeben!

Während Gorleben endlich aufgegeben wurde, wird in Salzgitter das alte Erzbergwerk Schacht KONRAD weiter zu einem
Atom Mülllager umgebaut. Ein informativer Vortrag von Silke Westphal zum Umgang mit Atom Müll, Hutkasse, Salinas-Ge-
lände, Atomanlagen bei Gorleben
11.00 Uhr: 31.07., 07.08.

Gelebte Geschichte – Historischer Abriss des Gorleben Protests

Vortrag und Vorstellung des Gorleben Archivs e.V., Hutkasse, Salinas-Gelände, Atomanlagen bei Gorleben
11.00 Uhr: 01.08., 08.08.

Gorleben ist raus, wie geht es weiter mit der Endlagersuche?

Wolfgang Ehmke referiert über die Standortsuche und erläutert das Ausscheiden von Gorleben. Inklusive einer Lesung aus
seinem Buch „Der Kastor kommt – Widerstandsgeschichte(n)“, Hutkasse, Salinas-Gelände, Atomanlagen bei Gorleben
13.00 Uhr: 07.08.
15.30 Uhr: 07.08.

Sonntagsspaziergang

Traditioneller Rundgang ums Bergwerk, 2,3 km als Protest- und Mahnaktion. Kein Vortrag, aber die Möglichkeit, mit den
Menschen des Spaziergangs ins Gespräch zu kommen. Salinas-Gelände, Atomanlagen bei Gorleben
13.00 Uhr: 01.08., 08.08.

Gorlebener Gebet

Andacht an den Gorleben Kreuzen im Wald hinter dem Salinas-Gelände, Atomanlagen bei Gorleben
14.00 Uhr: 01.08., 08.08.